



Guten Tag liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Rottweil, Dietingen, Villingendorf und Zimmern,



Gisela Burger

heute erhalten Sie eine Zeitung des SPD-Ortsvereins Rottweil. Wir informieren über aktuelle politische Themen, sagen, wie wir die Dinge sehen und machen Lösungsvorschläge. Wir stehen vor großen Herausforderungen und die Weichen werden jetzt gestellt. Die Arbeitswelt ändert sich, die Klimakrise zwingt uns zu einem gesellschaftlichen Wandel.

Dieser kann nur gelingen, wenn er sozial gerecht gestaltet wird. Hier sind wir als SPD gefordert.

Wir laden Sie ein, lernen Sie uns bei einem Spaziergang am Neckar oder bei einer

anderen Veranstaltung kennen. Diskutieren Sie mit unseren Mandatsträgern und dem Bundestagskandidaten Mirko Witkowski. Wir freuen uns auf anregende Gespräche und wünschen Ihnen einen schönen und gesunden Sommer

Gisela Burger

Vorsitzende SPD-Ortsverein Rottweil

Impressum

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Ortsvereinsvorsitzende der SPD Rottweil: Gisela Burger, Rosenstraße 10, 78667 Villingendorf, Gisela.Burger@t-online.de

Redaktion: Heinz Plempe, Josef Gudelius, Sebastian Holzauer

Interview mit Mirko Witkowski

Welche Beweggründe hast du um dich für den Bundestag zu bewerben?

Für mich und die SPD stehen die Menschen im Mittelpunkt. Das Soziale hat für uns Priorität - das haben wir bereits durch Grundrente, Mindestlohn, Ehe für Alle, Brückenteilzeit, Kindergeld, Soli-Abschaffung etc. bewiesen.

Dafür braucht es eine starke Vertretung im Bundestag. Ich setze mich ebenso für die Gewinnung von Fachkräften, wie die Verbesserung der Infrastruktur vom Internet bis zu den Verkehrswegen ein. Mein Engagement gilt für eine Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und spürbaren Verbesserungen in der Pflege.

Wieso wärst du ein guter Bundestagsabgeordneter?

Seit meiner Jugend bin ich überzeugter Sozialdemokrat und habe mich immer innerhalb und außerhalb der SPD ehrenamtlich engagiert. Nach positiven Erfahrungen in der Kommunalpolitik möchte ich mich jetzt einer neuen Herausforderung stellen. Es ist mir als Politiker wichtig, Bodenhaftung zu bewahren und nah an den Bürgern zu sein. Um eine erfolgreiche und bodenständige Arbeit zu gewährleisten, sollte man über die Zahl der Wahlperioden diskutieren, die ein Abgeordneter einem Parlament angehört.

Was kannst du in Berlin mehr bewirken als in der Kommunalpolitik?

Größere Themen wie Vorgaben zu Infrastrukturmaßnahmen werden in Berlin entschieden. Um die Region voranzubringen, gibt es Fördermaßnahmen, die im Bundestag beschlossen werden. Wenn es beispielsweise um die Gäubahn oder andere Verkehrswege geht, braucht es hierzu die Bundespolitik.

Welche Tätigkeiten in deinem Leben haben dich besonders geprägt und zeigen, dass du mit den Menschen auf Augenhöhe bist?

Ich habe lange Zeit in der Kommunalpolitik das politische Handwerk gelernt. Diese Bodenhaftung wird mir bei meiner Arbeit im Bundestag helfen, die Belange der Menschen in meinem Heimatwahlkreis zu vertreten. Besonders geprägt hat mich meine Zivildienstzeit bei der AWO. Damit habe ich wertvolle

Einblicke in das Leben von Menschen gewonnen.

Was sind konkrete Themen, die du in Berlin für unsere Region anpacken möchtest?

Um die Attraktivität der Region zu erhalten, ist es wichtig die Verkehrsinfrastruktur, schnelles Internet, Ärzteversorgung im ländlichen Raum und gut geschultes Personal in der Pflege in zu gewährleisten. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sollte der Zugang zum Studium nach entsprechender Berufserfahrung auch ohne Abitur ermöglicht werden. Für eine faire Bezahlung der Arbeitnehmer*innen muss für staatliche Aufträge eine Tarifbindung gelten, damit gerade Firmen, die sich an Tariflöhne halten, nicht benachteiligt werden.



Sebastian Holzauer im Gespräch mit Mirko Witkowski

Nimm bitte zu folgenden Begriffen kurz Stellung

- Flächenverbrauch

Bei der Bebauung geht Nachverdichtung in Innenstädten vor Neuerschließung, gleichzeitig muss der Ausbau der Solarenergie verstärkt auf Dächern von Gebäuden bereits versiegelten Flächen stattfinden.

- Bezahlbarer Wohnraum

Der Bund und die Länder müssen die Rahmenbindungen für bezahlbaren und umweltverträglichen Wohnraum schaffen, damit die Kommunen untereinander nicht im Wettbewerb um Einwohner*innen und Bauplätze stehen.

- Integration von Geflüchteten

Für eine gelungene Integration sind sowohl die Bereitschaft der neuen Mitbürger*innen als auch die Rahmenbedingungen der Gesellschaft entscheidend. Deswegen ist es ein guter Weg, wenn neue Mitbürger*innen dezentral untergebracht werden, um damit Begegnungen mit den länger hier lebenden Menschen zu ermöglichen.

- Zukunftsfähige Mobilität

Wenn wir es mit der Mobilitätswende ernst meinen, müssen wir ein attraktives Angebot schaffen, das zum Umstieg einlädt. Wir leben im ländlichen Raum, da sind die Menschen in aller Regel auf das Auto angewiesen. Der ÖPNV muss bezahlbar sein. Es braucht verlässliche regelmäßige Verbindungen.

Zukunftsfähige Mobilität ist auf der einen Seite ein gestärkter und bezahlbarer ÖPNV, aber auch die realistische Einsicht, dass im ländlichen Raum ein Auto nicht so leicht zu ersetzen ist.

- Altersarmut

Die Antwort der SPD ist die Lebensleistungsrente. Diese bezieht nicht nur die bezahlte Arbeit ein, sondern auch

Erziehungs- und Pflegezeiten. Hier ist ein erster Schritt getan, dennoch muss die nun gefundene Lösung verbessert werden, wozu es entsprechender politischer Mehrheiten bedarf.

Was muss sich aus deiner Sicht im Bundestag ändern?

Nebentätigkeiten sollten die absolute Ausnahme und nicht die Regel sein. Ich selbst habe eine freiwillige Selbstverpflichtung unterschrieben: www.unbestechlich-bundestag.de.



Mirko Witkowski (links) und Sebastian Holzauer

Wo siehst Du für den "sozial- und klimagerechten Umbau unserer Wirtschaft" die wichtigsten Ansätze für eine SPD-Politik?

Umwelt- und Klimaschutz sind unsere Zukunft und unsere Arbeitsplätze von morgen. Beim Klimaschutz sollen alle mitmachen können: Mit bezahlbaren klimafreundlichen Autos und öffentlichen Verkehrsmitteln. Und günstigem Strom aus erneuerbaren Energien. Das Lieferkettengesetz ist ein wichtiger Schritt, um Firmen zu mehr Verantwortung für die Herstellung ihrer Produkte zu bringen.

Investitionen in Zukunftstechnologien sollten stärker über die KfW gefördert werden. Jede Entscheidung muss unter Beachtung der Fragen des Klimaschutzes und der sozialgerechten Ausrichtung gefällt werden.

Interview und Bilder: Sebastian Holzauer

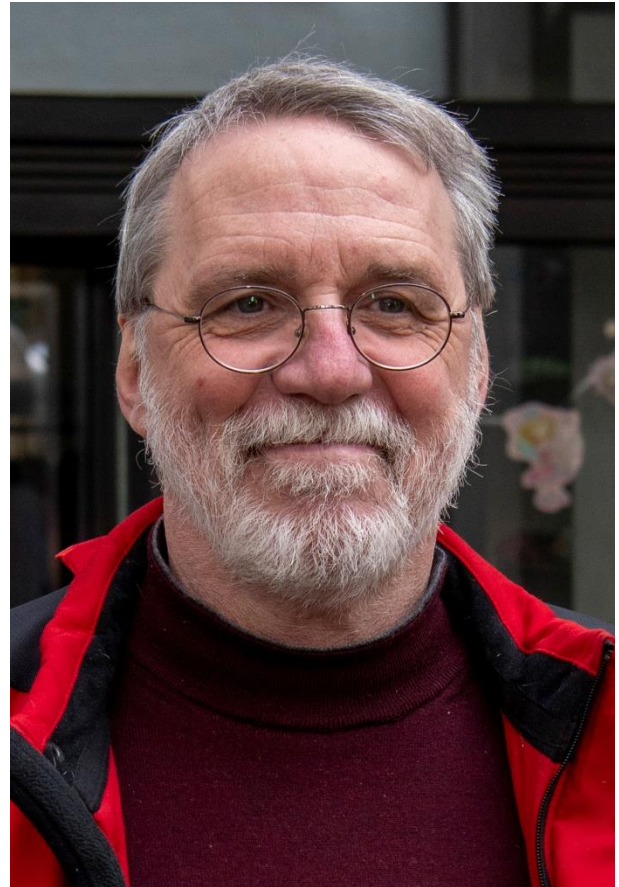
Probleme in der Gesundheitsversorgung am Beispiel einer Rottweiler Klinik aus Sicht des DGB Kreisverbandes Rottweil

Derzeit beschäftigt sich der Deutsche Gewerkschaftsbund in unserer Region im Rahmen des Zukunftsdialogs verstärkt mit den Themen: Wohnen (Schwarzwald-Baar), Mobilität (Tuttlingen) und Gesundheit.

Das letztere Thema hat sich der DGB-Kreisverband Rottweil vorgenommen. Hierzu wurden Gespräche mit Mitarbeitern und Ärzten geführt.

„Kolleginnen sind zum Teil völlig überlastet“. „Acht Stunden verummte Arbeit ist sehr belastend“, so eine Pflegekraft der Heliosklinik. Es würden auch Anrufe während des Urlaubs erfolgen. „Schwestern werden herumgeschoben, wo es gerade klemmt“. Ältere, die in die Rente gehen, können nicht dauerhaft durch jüngere Kräfte ersetzt werden, da diese „eine Weile da sind, dann sind sie wieder weg.“ Es sei in manchen Fällen dazu gekommen, dass in 4 Wochen über 70 Überstunden anfielen. Der Frust sitzt tief: „Es vergeht kein Tag, an dem man nicht mit Unzufriedenheit nach Hause geht“. „Viele sind

physisch und psychisch am Limit“, so eine engagierte Krankenschwester im Gespräch, es fehle auch an entsprechender Wertschätzung.



Ulrich Hertkorn

Einer von vielen immer wieder gehörten Vorwürfen: „In der Corona-Pandemie sanieren sich Kliniken und Altenheime durch die abgegriffenen Zuschüsse“. So wurde bei Gesamt-Fresenius-Helios in 2020 ein Ergebnis von über 650 Mio. Euro erwirtschaftet, was zum Teil an Aktionäre ausgeschüttet wird.

Einsparungen werden beim Personal vorgenommen. Daraus resultierend sind dauernde Wechsel von Pflegekräften über Ärzte bis in die leitenden Funktionen und in die Ge-

-weiter auf Seite 7-



Liebe Bürgerinnen
und Bürger
in Rottweil,

Mit Ihrer Stimme kann in Deutschland etwas Neues beginnen – mit Mehrheiten jenseits von CDU/CSU! Ich will Ihr nächster Kanzler werden und bin überzeugt, dass gerade jetzt die SPD die Partei ist, die für Aufbruch und Modernisierung steht.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir in den vergangenen Jahren in der Regierung viel erreicht: die Abschaffung des Soli für fast alle, die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, die Grundrente und ein weitreichendes Klimaschutzgesetz. Aber wir können noch viel mehr erreichen, denn vieles dauerte zu lang, vieles wurde von CDU/CSU blockiert.

Uns geht es um Respekt vor Arbeits- und Lebensleistungen. Wir erleben eine Zunahme unsicherer Arbeitsverträge und niedriger Löhne. Gerade deshalb brauchen wir einen Mindestlohn von 12 Euro, der zehn Millionen Angestellten eine Lohnerhöhung bringt – außerdem mehr Tarifbindung und starke Betriebsräte.

Es geht um einen Klimaschutz, der Arbeitsplätze sichert und neue schafft – und um eine zweite industrielle Revolution: 250 Jahre setzte unsere Industrie auf Kohle, Erdöl und Erdgas. Nun wollen wir innerhalb von knapp 25 Jahren auf Erneuerbare Energien umstellen, um klimaneutral zu wirtschaften. Wir brauchen deshalb ein Jahrzehnt der Investitionen in die Energieerzeugung, in moderne Verkehrskonzepte und in den Wohnungsbau.

Und es geht um ein starkes und souveränes Europa. Wie Krisenbewältigung gehen kann, das hat die Europäische Union mit ihrer gemeinsamen Antwort auf die Corona-Krise eindrucksvoll bewiesen. Anders als in der Finanzkrise ist Europa nicht auseinandergedriftet, sondern steht zusammen.

Es geht um unser Land. Meine Kanzlerkandidatur verbinde ich deshalb mit dem Versprechen, diese drei Themen kraftvoll anzupacken. Es braucht Erfahrung, Kompetenz und einen Plan, was dafür zu tun ist. Dafür stehe ich.

Am 26. September entscheiden Sie, wer die Zukunftsregierung stellt, die unseren Wohlstand auch noch in 20 und 30 Jahren sichert. Die SPD und ich sind bereit, sie zu führen. Für Sie, für Ihre Kinder, für Deutschland.

Ihr

Olaf Scholz



DAFÜR TRETE ICH EIN

Wenn auch du mitmachen möchtest, ist jetzt die Gelegenheit einzutreten!

Entweder online unter:

www.mitgliedwerden.spd.de

per Brief an uns:

Gisela Burger

Rosenstraße 10

78667 Villingendorf

oder auch per E-Mail:

Gisela.Burger@t-online.de

Termine

24.09.

„Was war los in Rottweil während der NS-Zeit?“

Ein vom DGB Kreisverband veranstalteter, alternativer Spaziergang durch Rottweil mit Dr. Winfried Hecht zu historischen Stätten während der Zeit der Nationalsozialisten. Treffpunkt ist am Alten Rathaus um 16 Uhr. Um Anmeldung wird gebeten: dgb@hertkorn-rottweil.de

07.09.

„Gehört, gefragt, gesagt!“ so lautet eine Gesprächsrunde für Betriebs- und Personalräte mit unseren Bundestagskandidaten am 18 Uhr. Näheres hierzug und zur Anmeldung ist auf der Internetseite <https://suedbaden.dgb.de/-/00M> zu finden.

-Fortsetzung von Seite 4-

schäftsleitung. Inzwischen bestehen bei Helios hier starke Besetzungsprobleme. Es hat in der Hochzeit der Pandemie nicht unbedingt an den erforderlichen Intensivbetten gemangelt, sondern eher am erforderlichen Personal dazu.

In Deutschland existiert das duale Krankenhausfinanzierungssystem: Für den Bau, den Unterhalt und für Investitionen sind die Bundesländer zuständig. Die laufenden Kosten für Personal oder Material tragen die Krankenkassen. Da unser Bundesland seiner Verpflichtung nicht nachkommt, sind die Krankenhäuser gezwungen, auch die Investitionen aus eigenen Mitteln aufzubringen. Die Folge: Nur diejenigen Krankenhäuser, die mit möglichst geringen Kosten Kranke in möglichst kurzer Zeit behandeln, machen Gewinne. Und daraus folgt: Was in Gebäude investiert wird, muss beim Personal eingespart werden. Durch den damit verbundenen Stress leiden nicht nur die Beschäftigten, sondern eben auch die Kranken.

Es ist dringend Zeit, das kranke System zu sanieren und leider ist Privatisierung kein Allheilmittel!

Von Ulrich Hertkorn

Neues Leben für die Bahnverbindung Rottweil-Schömburg?

Am 26. Oktober 1928 wurde die Eisenbahnverbindung Rottweil-Schömburg eröffnet, an der seit 1913 gearbeitet worden war. Nach 20

Jahren Betrieb stellte die Schwäbische Zeitung fest, die „Nebenbahn“ sei „recht nützlich“ und „rentabel“. Trotzdem wurde die Strecke mit ihren gut 16 km am 26. September 1971 stillgelegt. Man war damals vielfach davon überzeugt, beim Verkehr gehöre die Zukunft mehr oder weniger ausschließlich dem Auto.



Winfried Hecht

Jetzt hat Baden-Württemberg eine „Offensive zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken“ gestartet. Bei einer Potenzialuntersuchung von 42 vergleichbaren Strecken wurde für Balingen-Schömburg-Rottweil ein Fahrgastaufkommen von 1.500 Fahrgästen pro Schultag erschlossen. Für die Reaktivierung der Strecke wurden schon 2002 50 Mio. Investitionskosten zuzüglich 8 Mio. Euro für ihre Elektrifi-



zierung errechnet. Das könnte heute Gesamtkosten von 100 Mio. Euro entsprechen, von denen zwei Drittel für Maßnahmen innerhalb des Landkreises Rottweil anfallen würden – u. a. für eine teilweise neue Trasse und vermutlich einen Tunnelbau.

Entsprechende Reaktivierungskosten fördert allerdings der Bund mit bis zu 90 %. Am restlichen Aufwand würde sich das Land beteiligen, so dass vom Zollernalbkreis und vom Landkreis Rottweil zusammen noch 4 % des Kostenvolumens zu finanzieren wären. Die Kosten für den Betrieb der wiederbelebten Strecke würde bei einem Stundentakt der Nutzung das Land übernehmen. Bei dieser Sachlage hat der Zollernalbkreis eine Machbarkeitsstudie für das Projekt vorgeschlagen und sich damit an den Landkreis Rottweil gewandt. Eine Beteiligung an dieser Studie, bei der mit Kosten von insgesamt 35 000 Euro gerechnet wird, hat der Verwaltungsausschuss des Rottweiler Kreistags allerdings am 30. November 2020 abgelehnt. Der Widerstand gegen das Vorhaben ging vor allem von Bürgermeistern im Kreistag und von Kreisräten aus dem objektfernen Norden und Westen des Kreistags aus. Erfreulich, dass sich die Stadt Rottweil mit 7.500 Euro an den Kosten für die Machbarkeitsstudie beteiligen will.

Dazu wird man ohne Polemik sagen können, dass die 1971 aufgegebene Bahnlinie heute noch oder jetzt wieder aus ökologischen und strukturellen Gründen (Entlastung der B 27, Wirtschaft, Güterverkehr, Tourismus), aber

auch im Hinblick auf die Gäubahn bei Baumaßnahmen ihre Berechtigung hätte.

Günstiger als beim jetzigen Stand der Dinge ließe sich Rottweil-Balingen auch kaum wieder einmal finanzieren. Der jetzt anfallende Teilbeitrag zur erforderlichen Machbarkeitsstudie scheint bescheiden, etwa im Vergleich zu den fast astronomischen Kostenüberschreitungen bei Projekten wie Stuttgart 21. Die SPD-Fraktion im Rottweiler Kreistag hat sich im Übrigen für die Schaffung einer Schnellbus-Verbindung in Richtung Balingen in Übereinstimmung mit dortigen Stellen eingesetzt, um schon jetzt die Verknüpfung der Randbereiche des Nachbarkreises mit dem Landkreis Rottweil zu stärken. Sie stieß auch damit auf wenig Verständnis bei den gleichen Kreispolitikern, die sich auch für die Bahnlinie nach Schömberg nicht engagieren wollen.

Von Winfried Hecht

Unser Wasser und der Klimawandel

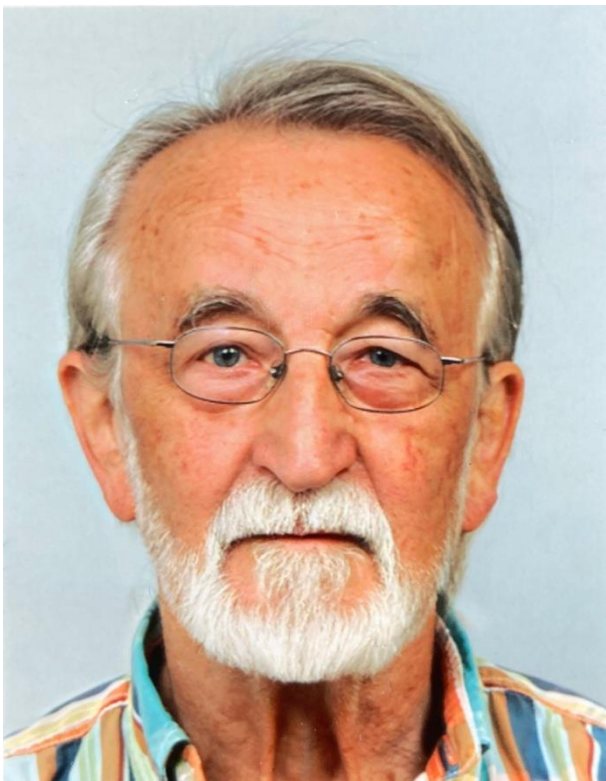
„Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss“ (aus Präambel der EU-Wasser-Rahmen-Richtlinie).

Das Jahr 2018 war seit 1881 das wärmste und das vierttrockenste deutschlandweit. Der Klimawandel und die Bevölkerungsentwicklung stellen die Wasserversorgung in den kommenden Jahrzehnten vor enorme Herausforderungen. Eine ernsthafte Daseinsvorsorge



für künftige Generationen verlangt dringend die Sicherung des wichtigsten Lebensmittels Wasser auf lange Sicht!

Durch Güterabwägung muss die Nutzungskonkurrenz zwischen Trinkwasser, Landwirtschaft, Industrie und Naturschutz verbindlich geklärt werden. Welche Qualität und welche Mengen sind für welche Nutzung bereit zu halten? Einerseits steigt der Bedarf kontinuierlich, andererseits schrumpfen traditionelle Ressourcen wie Grundwasser, Gletscher und andere stetig. Die Belastung durch Stickstoff, Pflanzenschutzmittel, Spurenstoffe im Abwasser, Haushalte, Industrie und Verkehr tragen noch dazu bei, dass der Qualitätserhalt immer aufwändiger wird.



Ernst Schamburek

Politische Weichenstellungen von höchster Ebene bis in die Lokalpolitik müssen Sys-

temreserven im Versorgungssystem durch Planungs- und Investitionssicherheit fürs Trinkwasser garantieren. Das Verursacherprinzip muss durchgesetzt, Wasserschutzgebiete ausgeweitet und ernster genommen und Privatisierungen in Frage gestellt werden. Wie können wir auch vor Ort langfristige Konzepte dazu entwickeln und unterstützen?

In ihrer **AGENDA 2030** fordert die UN mit dem 6. Nachhaltigkeitsziel „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“ für alle. Das ist nicht mehr als nur gerecht.

Die SPD-Ortsgruppe Rottweil wird sich in den kommenden Monaten das Thema Wasserversorgung vornehmen und zu öffentlichen Veranstaltungen einladen.

Von Ernst Schamburek

Klimaschutz ist kein Nischenthema!

Das zeigt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Die menschengemachte Erderwärmung bedroht unser aller Leben. Darauf hat Erhard Eppler in seinem Buch „Ende oder Wende“ vor bald einem halben Jahrhundert hingewiesen. Er fand jedoch kaum politisches Gehör. Hätten wir auf ihn gehört, wäre der Problemberg wesentlich kleiner, als der den es jetzt zu bewältigen gilt. Die Klimaerwärmung ist kein politisches Nischenthema.



Klaus Kirschner

Es betrifft uns alle, besondere betroffen sind diejenigen, die auf den unteren Stufen der sozialen Leiter leben (müssen). Auch wenn man es nicht gerne hört, unser weltweit dominierendes neoliberales kapitalistisches Wirtschaftsmodell, ob in Demokratien oder Autokratien, bedeutet, dass die endlichen Ressourcen ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeit ausgebeutet werden. Wenn wir nicht umkehren, werden die nachfolgenden Generationen und damit unsere Kinder und Enkelkinder eine bittere Zeche mit lebensfeindlichen, steigenden Temperaturen bezahlen müssen. Darauf hat das Bundesverfassungsgerichts mit seiner Entscheidung vom 29. März 2021 reagiert: Danach sind die nationalen Klima-

ziele des Klimaschutzgesetzes vom 12. Dezember 2019, das die zulässigen Jahresemissionsmengen bis 2030 bestimmt, jedoch nicht für die Zeit nach 2031, nicht mit den Grundrechten vereinbar. Die Klimaschutzziele des Gesetzes greifen zu kurz, sie müssen auch, so die Verfassungsrichter, für die Jahrzehnte nach 2030 eindeutig festgelegt werden.

Zur Information: Mit dem Klimaschutzgesetz vom 12. Dezember sollen die jährlichen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 verringert werden. Mit dem Klimaschutzgesetz, so das Bundesverfassungsgericht, würden die hohen Emmisionsminderungslasten auf die Zeit nach 2030 verschoben, das wiederum würde die junge Generation in ihren Freiheitsrechten einschränken. Dagegen richtete sich die Klage, denn mit dem Klimaschutzgesetz verankerte der Gesetzgeber den Klimaschutz als einklagbares Recht

Die Bundesregierung hat auf das Urteil schnell reagiert. Das **Erste Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimagesetzes** vom 2. Juni 2021 beinhaltet, um die Nettotreibhausqualität bis 2045 zu erreichen, soll bis 2030 das Klimaschutzziel auf 65 Prozent und bis 2040 auf 88 Prozent erhöht werden. Die Erderwärmung macht Eingriffe in die Grundrechte notwendig, so der Tenor des Bundesverfassungsgerichts. Vorliegende wissenschaftliche Studien sprechen eine eindeutige Sprache, denn unsere Erde steht vor einem Kollaps, wenn wir die wissenschaftlichen Fakten der lebenserhaltenden Systeme ignorieren und weiter wirtschaften

SPD

**Ortsverein
Rottweil**



wie bisher. Mit dem industriellen Zeitalter wurde das größte Artensterben seit 65 Millionen Jahre in Gang gesetzt. Jahr für Jahr verlieren wir etwa ein Prozent der fruchtbaren Ackerflächen. Die UN schätzt, dass der Menschheit, wenn wir so weiterwirtschaften wie bisher, noch bestenfalls 60 Ernten bleiben (Quelle: FAO Main Report Rom 2015. Bericht der stellv. Generaldirektorin der UN - Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation). Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) beziffert die Zahl derjenigen, die im letzten Jahrzehnt aufgrund von Dauerregen, langanhaltenden Dürren und Hitzewellen sowie Zyklonen jedes Jahr ihre Heimat verlassen mussten, auf durchschnittlich 23 Millionen Menschen.

Von Klaus Kirschner

Unsere Gemeinderatsfraktion

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Rottweiler Gemeinderat:

Ralf Armleder 55 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Krankenpfleger; als Stadtrat u.a. Mitglied im KSV (Kultur-, Sozial- und Verwaltungsausschuss); gut vernetzt in seinem Wohnquartier in der Altstadt, sowie im dortigen Altstädter Verein; engagiert als Trainer in der Leichtathletik; spezialisiert auf die Themen des Sports und der Schulen.



Ralf Armleder

Dr. Jürgen Mehl 62 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Arzt; besonders engagiert in der Stadtkapelle und im Geschichts- und Altertumsverein.



Jürgen Mehl

Als Stadtrat u.a. Mitglied im UBV (Umwelt, Bau- und Verkehrsausschuss) sowie im Sanierungsbeirat. Spezialisiert auf Themen der Erhaltung des Rottweiler Stadtbilds, der Verminderung des Individualverkehrs in der Innenstadt, des sorgfältigen Umgangs mit der begrenzten Menge von Bauflächen und der medizinischen Versorgung in Rottweil.

Anne Mokinski 53 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Altenpflegerin; bekannt durch ihr Hobby als Schauspielerin.



Anne Mokinski

Als Stadträtin u.a. Mitglied im KSV (Kultur-, Sozial- und Verwaltungsausschuss); engagiert sich für Umweltbelange, für eine auto-reduzierte Innenstadt, für Kindergärten und Schulen

Arved Sassnick 75 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Oberstudienrat i.R. als Stadtrat und Fraktions-sprecher.



Arved Sassnick

Mitglied im Ältestenrat, u.a. KSV (Kultur-, Sozial- und Verwaltungsausschuss); besonders engagiert im Bereich der Erhaltung Rottweils als lebenswerte historische Stadt; für unser vielfältiges Schulangebot, für bezahlbaren Wohnraum und für die Über-nahme der Kindergartengebühren durch das Land .

Infostände

Am 11.09. 18.09. und 25.09. finden wieder unsere Infostände auf dem Marktplatz Rottweil statt, wir freuen uns Sie begrüßen zu dürfen!